

**OKTOBER 2022**

# **CENTRAL MEDITERRANEAN INFO**





# ANKÜNFTE

borderline-europe zählte im Oktober 12.899 Ankünfte von Geflüchteten, die über das Mittelmeer in Italien ankamen. Die Zahl des italienischen Außenministeriums bezieht sich auf 13.068 Ankünfte im selben Zeitraum. Die IOM zählt insgesamt 13.237 Geflüchtete und der UNHCR spricht von 12.282 Ankünften im Oktober. Welche Veränderungen die Wahl der neuen Regierung auf die zivile Seenotrettung und Italiens Migrationspolitik haben wird, lässt sich anhand der Vergabe der Ministerien bereits erahnen. So hat Meloni dem Ministerium für den Süden die neue Komponente "Meer" hinzugefügt und der zugehörige Minister ist der Fratelli d'Italia (FdI) Politiker und ehemalige Präsident der Region Sizilien **Sebastiano (Nello) Musumeci**. Wie und ob sich die Kompetenzüberschneidungen zwischen dem Innenministerium (Piantedosi), dem Infrastrukturministerium (Salvini), als auch dem Ministerium des Südens (Musumeci) auf die Situation auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Im Oktober befinden sich zwischenzeitlich **circa 1.000 Menschen auf drei NGO-Schiffen**, die auf die Zuweisung eines sicheren Hafens warten. Die medizinische Lage auf der Humanity 1 verschlechterte sich gegen Ende des Monats zunehmend, da sich eine grippeähnliche Infektion an Bord ausbreitete. Mehr als **zehn Anfragen** für die Zuweisung eines Anlegeortes wurden bis dato von Italien und Malta ignoriert. Die Verschlechterung des physischen und psychischen Zustandes der geretteten Menschen wurde von den Regierungen billigend in Kauf genommen. Der **Bürgermeister von Pozzallo**, Roberto Ammatuna, wendete sich gegen die inhumane Strategie und forderte den neuen Innenminister Piantedosi auf, die Schiffe anlegen zu lassen. Die Veränderungen in der italienischen Politik lösen auch Reaktionen bei der maltesischen Regierung aus. Der maltesische **Innenminister Byron Camilleri** behauptete kürzlich, dass "Malta und Italien die gleichen Herausforderungen im zentralen Mittelmeerraum teilen". Diese "Herausforderungen" beziehen sich auf die Ankunft von Migrant\*innen über das Mittelmeer und die damit einhergehende Verpflichtung zur Seenotrettung. Die neue Regierung Italiens und ihre Anti-Migrationspolitik wird höchstwahrscheinlich den Druck auf Malta erhöhen, da es als Küstenstaat durch internationales Recht und Seerechtsübereinkommen eine Verpflichtung hat, dafür zu sorgen, dass Menschen in Seenot gerettet und umgehend an einem sicheren Ort an Land gebracht werden.

Die europäische **Grenzschutzagentur Frontex** sorgte im Oktober erneut für Negativschlagzeilen. Nun wurde auch ein Frontex-Untersuchungsbericht der EU-Antibetrugsbehörde Olaf veröffentlicht. Dieser Bericht, welcher schon seit Februar existiert, ist zwar offiziell noch nicht veröffentlicht, wurde aber an die Medien geleakt. Darin wird deutlich, wie Frontex-Mitglieder zu der "Grundrechtsabteilung" stehen, die nach den schweren Vorwürfen der Beteiligung von Frontex an illegalen Pushbacks, eingeführt wurde. Der Bericht besagt, dass die Abteilung intern herablassend als „Linke“ bezeichnet wird. In WhatsApp-Nachrichten von Frontex-Angestellten fielen Bezeichnungen wie „intellektuelle Diktatur“. Berichte zu schwerwiegenden Vorfällen, welche "Serious Incident Reports (SIRs)" genannt werden, wurden als Verschlussache eingestuft, weswegen keinerlei Transparenz nach außen besteht. Die EU-Bürgerbeauftragte hat nun eine Untersuchung gegen Frontex eingeleitet und das EU-Parlament entschied sich mit 345 zu 284 Stimmen gegen eine **Haushaltsentlastung**. Diese Entscheidung hat vor allem symbolische Bedeutung.

# TOTE & VERMISSTE

Im Oktober starben nach Zählungen von *borderline-europe* insgesamt 67 Menschen im Mittelmeer und ungefähr 31 Menschen werden vermisst. Die Dunkelziffer ist wie immer jedoch deutlich höher einzuschätzen.

**Mediale Aufmerksamkeit** bekam der Fall eines zweijährigen Mädchens und ihrer Mutter, die beide aus Burkina Faso stammen. Sie befanden sich fünf Tage mit sechzehn weiteren Menschen auf einem kleinen Boot und tranken Meerwasser, da die Trinkwasservorräte aufgebraucht waren. Nach ihrer Ankunft in Lampedusa wurden beide mit dem Hubschrauber in Krankenhäuser nach Palermo gebracht und eingeliefert. Das kleine Mädchen lag mehrere Tage im Koma, erwachte jedoch glücklicherweise wieder.

In **Zarzis, Tunesien**, protestieren Angehörige und Freunde seit Tagen, um die tunesischen Behörden dazu zu bringen, nach den Vermissten eines Schiffsunglücks zu suchen. Dabei handelt es sich um ein Boot, das am 21. September mit 18 jungen Migrant\*innen von Zarzis losfuhr und **Schiffbruch** erlitt. Einige Leichen, die bereits geborgen wurden, wurden auf einem Migrant\*innen-Friedhof in Tunesien begraben, ohne jedoch die Menschen vorher zu identifizieren. Demnach haben Angehörige nun keine Möglichkeit mehr zu erfahren, ob es sich um die von ihnen vermissten Personen handelt. Der Präsident Tunesiens, Kais Saïed, forderte Innenminister Taoufik Charfeddine und den Generaldirektor für nationale Sicherheit, Mourad Saidane, auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um für eine Aufklärung zu sorgen. Die Hinterbliebenen haben ein Recht darauf, Gewissheit zu bekommen und zu erfahren, was mit ihren Angehörigen passiert ist.

In Libyen hingegen wurden in der Nähe der Stadt **Sabratha 15 Leichen** gefunden. Dies teilte die Hilfsorganisation "Libyscher Roter Halbmond" mit. Es soll zu einem Streit zwischen Schmugglern und Migrant\*innen gekommen sein, die von der libyschen Küste aus losfahren wollten. Der Streit eskalierte und die Schmuggler schossen auf die Flüchtenden und setzten das Boot in Brand, wodurch einige Migrant\*innen Feuer fingen und starben.

## PULLBACKS

Aus Libyen flüchteten diesen Monat 1722 Menschen, die das Festland von Italien jedoch nie erreichten, da sie von der sogenannten libyschen Küstenwache abgefangen wurden. Nach **Angaben der EU** sind in den Gewässern vor Libyen von Beginn dieses Jahres bis 02. September 12.352 Menschen auf ihrem Weg nach Italien abgefangen und gegen ihren Willen nach Libyen zurückgebracht worden. Um diese Pullbacks weiter auszubauen, hat Libyen im Oktober **14 Schnellboote** im Wert von 6,65 Millionen Euro von Italien bekommen, die von der EU mitfinanziert werden. In einer **Pressemitteilung der UN** wurde Anfang des Monats bekannt gegeben, dass die Inspektionen von Schiffen, die im Verdacht stehen, zum Menschenschmuggels genutzt zu werden, fortgesetzt werden.

Die tunesische Küstenwache fing im Oktober insgesamt 647 Menschen ab. Allein in einer Nacht wurden **130 Menschen aus verschiedenen afrikanischen Ländern**, die aus der zentralen Region Sfax abfahren wollten, abgefangen. Ende des Monats berichteten **70 Überlebende**, dass die tunesische Küstenwache den Motor ihres Bootes vor der Küste von Zarzis zerstörte und die Flüchtenden mehrere Tage auf offenem Meer zurückließ. Glücklicherweise konnten die Betroffenen schließlich von Fischern gerettet werden. Im Gegensatz zu Libyen werden die abgefangenen Personen, die nach Tunesien zurückgebracht werden, nach Aufnahme ihrer Personalien in den meisten Fällen wieder freigelassen.



In Libyen sieht dies anders aus. Der Twitter-Account "**Refugees for Libya**" veröffentlichte diesen Monat verstörende Informationen und Fotos zu den sogenannten "detention centers" in Libyen. Die Zustände in diesen Gefängnissen sind so unmenschlich, dass es leider immer wieder vorkommt, dass sich Insassen das Leben nehmen; und trotzdem unterstützt die EU das Land und nutzt es, um die europäischen Grenzen zu externalisieren.

Maltas Behörden trafen Ende September erneut ethisch wie rechtlich fragwürdige Entscheidungen, indem sie ein Schiff, welches im maltesischen Such- und Rettungsgebiet von dem unter der Flagge Panamas fahrenden **Handelsschiff SHIMANAMI QUEEN** gerettet worden war, nach Ägypten schickten, anstatt ihnen die Erlaubnis zu geben, in Malta anzulegen. Schlagzeilen dieser Art gibt es fast jeden Monat. Nun veröffentlichten die Organisationen Alarm Phone, Mediterranea Saving Humans, Ärzte ohne Grenzen (MSF) und Sea-Watch ein **gemeinsames Statement**, in dem sie Malta dazu aufforderten für "ein Ende dieser schweren Menschenrechtsverletzungen im zentralen Mittelmeer und entlang der EU-Außengrenzen" zu sorgen.

## WEGE NACH EUROPA

Eine Entwicklung, die sich beobachten lässt, ist, dass immer mehr Menschen **aus Ägypten** die Überfahrt nach Italien wagen. In der ersten Hälfte dieses Jahres kamen insgesamt 4.150 Ägypter\*innen an den Küsten Italiens an, fast viermal mehr als im gleichen Zeitraum 2021. Ägypter\*innen sind damit nun die **zweitgrößte Gruppe** (nach Tunesier\*innen), die in diesem Jahr in Italien angekommen ist, und machen circa ein Fünftel aller Ankünfte aus. Ein Drittel der ägyptischen Geflüchteten sind unbegleitete Minderjährige. Das ist darauf zurückzuführen, dass sich die wirtschaftliche und politische Lage in dem nordafrikanischen Land zunehmend verschlechtert.

Die wirtschaftliche Lage, aber auch die fehlenden Zukunftsperspektiven bringen viele Ägypter\*innen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Allerdings fahren die meisten Boote nicht von der ägyptischen Küste ab, da strenge Maßnahmen von der Regierung dies verhindern, weshalb die Menschen gezwungen sind, auf gefährlichere Routen auszuweichen, wie beispielsweise über Libyen. Die EU hat ein Abkommen mit Ägypten über 80 Millionen Euro unterschrieben, das unter anderem die Finanzierung der ägyptischen Küstenwache vorsieht, wodurch noch mehr Menschen an der Überfahrt nach Italien gehindert werden sollen.

## ZIVILER WIDERSTAND

Am 11. Oktober feierte das AlarmPhone seinen **achten Jahrestag**. Seit dem Jahr 2014 trägt das Netz von Freiwilligen maßgeblich dazu bei, dass Leben auf dem Mittelmeer gerettet werden und dass Angehörige über den Verbleib ihrer Familienmitglieder erfahren. Alarmphone hat insgesamt mehr als 5.000 Hilferufe von Booten in Seenot erhalten und Rettungen organisiert bzw. die Hilferufe an zuständige Behörden weitergeleitet.

Die Unverantwortlichkeit staatlicher Behörden zeigte sich im Oktober erneut, als die Louise Michel den **state of necessity (Notstand)** ausrufen musste, da der Zustand an Bord des NGO-Rettungsbootes unhaltbar war. Die Louise Michel bekam erst die Erlaubnis in Lampedusa anzulegen, als sie sich bereits dem Hafen näherte. Das Hinauszögern der Anlandung von Menschen, die ihr Leben auf dem Mittelmeer riskiert haben, ist eine unververtretbare Strategie der Abschreckung.

Dem selben Zwecke dient auch die Kriminalisierung und Diskriminierung von Seenotretter\*innen. Giorgia Meloni, die neue ultra-rechte Premierministerin Italiens, greift NGO-Schiffe an, bezeichnet sie als Piratenschiffe und wirft ihnen vor, mit ihren Rettungen internationales (See-)Recht zu brechen. Der **Admiral und ehemalige Sprecher der italienischen Küstenwache**, Vittorio Alessandro, erklärt im Interview mit dem Journalisten Sergio Scandura, dass die Pflicht zur Rettung eines Bootes in Seenot eine uneingeschränkte Pflicht ist. Die Anschuldigung Melonis gegenüber Seenotrettungs-NGOs schätzt er als sehr gefährlich ein, da einerseits die Botschaft gesendet wird, dass Rettungen unerwünscht sind und andererseits, wer rettet, als Pirat diffamiert wird.

Im Oktober hätte ein weiterer Verhandlungstermin für die Crew des deutschen Rettungsschiffes 'Iuventa' stattfinden sollen, die in Trapani vor Gericht stehen, allerdings wurde der Termin erneut verschoben, sodass die angeklagten Crew-Mitglieder weiter im Ungewissen gelassen werden. Nun wurde bekannt, dass der damalige Kapitän der Iuventa, **Kai Kaltegärtner**, von der Agentur Total Crew abgelehnt wurde, da er Einsätze für Rettungsboote auf dem Mittelmeer fuhr. Total Crew ist eine niederländische Vermittlungsagentur für Schiffsbesatzungen und will Kaltegärtner aufgrund seiner Tätigkeit für Seenotrettungsorganisationen nicht mehr vermitteln. Gegen diese Diskriminierung will Kaltegärtner nun gerichtlich vorgehen. Vor dem niederländischen Menschenrechtsausschuss (College voor de Rechten van de Mens) bekam er bereits Recht, allerdings handelt es sich nicht um ein rechtlich bindendes Urteil, weshalb Kaltegärtner weiter vor ein Gericht ziehen will.

Die italienische NGO Emergency hat nun ein eigenes Rettungsschiff, es heißt **'Life Support'** und wird in den nächsten Wochen Rettungen auf dem Mittelmeer durchführen. An der Schiffsflanke steht der Satz "I diritti devono essere di tutti, senno chiamateli privilegi" ("Rechte müssen für alle gelten, sonst sind es Privilegien").

Kontakt:

---

Sitz Palermo

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>

[italia@borderline-europe.de](mailto:italia@borderline-europe.de)